

**Offener Brief  
23.8.2011**

**Bremen, den**

Arn Strohmeier  
Akazienstraße 48  
29197 Bremen  
Tel. 0421-4989210  
arn.strohmeier@web.de

Herrn  
Bürgermeister  
Jens Böhrnsen  
Rathaus  
am Markt 21  
28195

Frau  
Senatorin für Bildung, Wissenschaft  
und Gesundheit  
Renate Jürgens-Pieper  
Rembertiring 8-12  
28195 Bremen

**Betr.: Israel-Propaganda an Bremer Schulen**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Böhrnsen,  
sehr geehrte Frau Senatorin Jürgens-Pieper,

wie aus Bremer Schulkreisen zu erfahren ist, hat sich die Botschaft des Staates Israel mit dem Ansinnen an Sie (und die Regierungen der anderen Bundesländer) gewandt, Vorträge an den Schulen der Stadt über den Staat Israel und seine Politik abzuhalten. Sie haben dem zugestimmt und auch schon entsprechende Schritte zu ihrer Durchführung eingeleitet. Wir - die Unterzeichner dieses offenen Briefes - verlangen über diesen Sachverhalt Aufklärung.

Israel herrscht seit 44 Jahren als Besatzungsmacht über ein anderes Volk, raubt dessen Land und errichtet eigene Siedlungen darauf. Die unterdrückten Palästinenser werden im Westjordanland nicht nur von einer unüberwindlichen Mauer von der Außenwelt abgeschnitten, sondern auch in ihren eigenen noch verbliebenen Gebietsenklaven durch vielerlei Abzäunungen und Checkpoints eingesperrt und voneinander getrennt, also an jeder Bewegungsfreiheit und Entfaltung ihrer Wirtschaft gehindert. Der Gazastreifen ist seit Jahren durch die Belagerung Israels von der Welt abgetrennt und die Menschen dort müssen unter elenden und äußerst unwürdigen Bedingungen leben.

Alle diese Maßnahmen verstoßen gegen das Völkerrecht, die Menschenrechte, etliche UNO-Resolutionen und Urteile des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag. Das ist viele Male von Experten dokumentiert worden. In welcher Form sollen israelische Referenten oder deutsche Freunde Israels deutschen Schülern nun die Politik Israels vermitteln? Sollen sie diese völkerrechtswidrige Politik im Sinne Israels so umgedeutet darstellen, dass sie doch als rechtmäßig und völlig normal erscheint, wie das israelische Experten seit langem versuchen? Vor allem: Welches Rechtsverständnis führt man Schülern da vor, wenn hier eine eindeutig völkerrechtswidrige Politik als offenbar rechtens und vorbildlich dargestellt werden soll? Das kann Alles nur auf die Vermittlung völlig einseitiger Propaganda hinauslaufen - also auf eine Indoktrinierung der Schüler.

Wir fordern deshalb, unsere Fragen zu beantworten und die eingeleiteten Schritte rückgängig zu machen oder sie so zu gestalten, dass in gleichem Maße auch die Gegenseite - die Palästinenser als Opfer der israelischen Besatzung - oder deutsche Experten, die deren Standpunkt vertreten, hinzugezogen werden, um ein vollständiges Bild der Situation geben zu können. Wir möchten Sie in diesem Zusammenhang an den "Beutelsbacher Konsens" erinnern, in dem Grundlagen für den politischen und weltanschaulichen Unterricht in den Bundesländern erarbeitet worden sind. Seine Richtlinien schreiben vor, dass ein solcher Unterricht nie einseitig ausgerichtet sein darf, sondern eine neutrale Wissensvermittlung sein muss - ohne jede Indoktrination in der einen oder anderen Richtung.

Mit freundlichen Grüßen

**Diesen Brief haben unterzeichnet: (Die Sammlung von Unterschriften wird fortgeführt):**

Arn Strohmeier (Journalist und Autor, Bremen, [arn.strohmeier@web.de](mailto:arn.strohmeier@web.de))  
Griesche, Detlef Dr. (Vors. der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft, Bremen)

Melzer, Abraham (Verleger, Neu-Isenburg)  
Gertrud Schinagl (Psychoanalytikerin, Bremen)

Ellen Rohlf (Übersetzerin, Leer)  
Friedrich Bode (Pastor, Jeddungen)

Al-Choura, Franziska (Achim)

Brinkmann, Toni (Bremen)

Quintern, Detlev Dr. (Historiker, Bremen)

Schneider, Angelika (Lehrerein i.R., Lilienthal)

Memming, Hermann (Pastor i.R., Bremen)

Arendt, Erhard (Palästina-Portal, Dortmund)

Behr, Wolfgang (Kartograf, Herdwangen-Schönach)

Friedrich, Andreas (Düsseldorf)

Weiß, Sabine (Bremen)